



Nr. 9. Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 93. Jahrgang.

Freitag, den 11. Januar 1918. Bezugspreis: In der Stadt mit Lieferlohn Mt. 1.85 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Postortverkehr Mt. 1.85, im Fernverkehr Mt. 1.85, Bestelgeb in Württemberg 30 Pfg.

Fortsetzung der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

Die Friedensfrage.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Feste Haltung der Vierbündner.

(WTB) Brest-Litowsk, 10. Jan. Gestern vormittag 11 Uhr fand eine Vollsitzung, an der sämtliche Delegationen und die Ukrainer Vertreter teilnahmen, statt. Staatssekretär v. Kuhlmann gab zunächst einen kurzen Rückblick auf die Vorgeschichte und den bisherigen Gang der Verhandlungen und erklärte, die von der russischen Delegation für die Erklärung der jetzt am Kriege beteiligten Mächte festgesetzte Frist sei am 4. Januar 1918 um Mitternacht abgelaufen. Von keinem der andern Kriegsführenden ist eine Erklärung über den Beitritt zu den Friedensverhandlungen eingegangen. Wie sich aus dem Inhalt der Mitteilung der verbündeten Regierungen vom 25. Dezember 1917 ergibt, war die wesentlichste Forderung, die darin gestellt worden war, die einstimmige Annahme der alle Völker in gleicher Weise bindenden Bedingungen durch alle feindlichen Mächte. Der Nichttritt dieser Bedingungen hat die aus dem Inhalt der Erklärung und dem Verstreichen der Frist sich ergebenden Folgen. Das Dokument ist hinfällig geworden. Der Staatssekretär kam dann auf die Forderung der russischen Regierung, die Verhandlungen nach Stockholm bezw. in das neutrale Ausland zu verlegen, zu sprechen und erklärte es als feststehendes und unabänderliches Beschlus der vier verbündeten Mächte, daß sie nicht in der Lage sind die Verhandlungen an einem anderen Orte zu führen. Wir sind aber wie früher aus Courtoisie gern bereit, die formelle Schlußverhandlung und Unterzeichnung der Präliminarien an einem mit der russischen Delegation zu vereinbarenden Ort vorzunehmen und über die Wahl dieses Ortes in eine Debatte einzutreten. Es kann nicht unerwähnt bleiben, daß seit dem Abschluß des Gedanken-austausches vor der zeitweiligen Unterbrechung der Verhandlungen sich manches zutrugen hat, was geeignet schien, Zweifel an der aufrichtigen Absicht der russischen Regierung zu erwecken, mit den Mächten des Vierbundes zum Abschluß eines raschen Friedens zu gelangen. In einer der russischen Kundgebungen war eine anechnlich in der Sitzung vom 28. Dezember 1917 durch den Vorsitzenden der russischen Delegation, Herrn Joffe, gegebene Antwort ausführlich wiedergegeben, die, wie ein Einblick in die Akten lehrt, lediglich aus der Phantasie des Erfinders entsprungen ist. Diese in allen Teilen erfundene Mitteilung hat erheblich dazu beigetragen, das Urteil über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zu verwirren und deren Ergebnis zu gefährden. Wenn ich trotzdem die Hoffnung nicht völlig aufgeben möchte, daß die Verhandlungen zu einem entsprechenden Ergebnis führen können, so gründet sich diese Hoffnung in erster Linie auf den uns bekannten und durch die russische Delegation in bereiter Weise zum Ausdruck gebrachten Wunsch nach einem dauernden und gesicherten Frieden und auf die Erfahrungen, die wir in den Verhandlungen mit der Arbeitsmethode der russischen Abordnung gemacht haben. Soweit sich aus den vor der Arbeitspause geführten Verhandlungen ein Urteil bilden läßt, halte ich die Schwierigkeiten materieller Natur nicht für groß genug, um ein Scheitern des Friedenswerkes und damit voraussichtlich die Wiederaufnahme des Krieges im Osten mit seinen unabsehbaren Folgen für gerechtfertigt zu halten.

Hierauf führte der österreichische Minister des Aeußern, Graf Czernin, etwa folgendes aus: Die Gründe, die bewegen wir eine Verlegung der Verhandlungen im jetzigen Augenblick in ein neutrales Land vorzuziehen, sind doppelter Natur: 1. Technischer Art. Wir alle sind hier durch direkte Drähte mit unseren Regierungen verbunden, und täglich findet ein Meinungsaustrausch statt.

Wir alle können diesen Apparat nicht missen, sollen die Verhandlungen nicht unendlich erschwert und verzögert werden. Noch wichtiger ist das zweite Motiv: Wir haben uns auf einer Basis für den allgemeinen Frieden geeinigt. Auf dieser Basis haben Sie Ihren Verbündeten ein zehntägiges Ultimatum gestellt. Ihre Verbündeten haben nicht geantwortet. Heute handelt es sich nicht mehr um Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden, sondern über einen Sonderfrieden zwischen Rußland und dem Vierbund. Die Verlegung der Verhandlungen auf neutrales Gebiet würde der Entente die von ihr ersehnte Gelegenheit geben, während einzugreifen. Wir weisen uns, den westlichen Mächten diese Gelegenheit zu liefern; aber wir wären bereit, an einem noch zu bestimmenden Orte die formellen Schlußverhandlungen und die Unterzeichnung des Friedensvertrages vorzunehmen. Was den territorialen Teil der Verhandlungen anbelangt, in welchem eine Uebereinstimmung zwischen Ihnen und uns noch nicht erzielt ist, so haben wir uns in der letzten Plenarsitzung bindend darauf geeinigt, diese Fragen einer ad hoc zu bildenden Kommission zu übergeben, die die Arbeiten sofort zu beginnen hätte. Alle vier Mächten sind völlig einig darüber, die Verhandlungen auf der von dem Herrn Staatssekretär und mir entwickelten, mit den russischen Herren bereits bindend abgemachten Basis zu Ende zu führen. Wenn die Herren der russischen Delegation von denselben Intentionen befecht sind, so werden wir zu einem alle befehlhabenden Ergebnis gelangen. Wenn nicht, dann werden die Dinge ihren Lauf nehmen, aber die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges fällt dann ausschließlich auf die Herren der russischen Delegation. — Großmeister Talat Pascha und Justizminister Bobow schlossen sich namens der türkischen und der bulgarischen Delegation diesen Ausführungen an.

Darauf gab General Hoffmann eine Erklärung ab, in der er gegen die in einer Anzahl russischer Kundgebungen und Aufrufe gegen die deutschen Heeresleistungen und die deutsche Oberste Heeresleitung erhobenen Beschimpfungen und die darin enthaltenen Aufforderungen revolutionären Charakters an unsere Truppen auf das entschiedenste Protest einlegte. Die Vertreter der drei Delegationen unserer Verbündeten schlossen sich diesem Protest an. Auf Vorschlag des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten, Trotski, wurde nunmehr die Sitzung unterbrochen.

Fortsetzung der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

(WTB) Brest-Litowsk, 10. Jan. In der heute vormittag abgehaltenen Sitzung erklärte sich die russische Delegation bereit, die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk fortzusetzen. Ferner stellte sie fest, daß die vom WTB veröffentlichte Darstellung über den Verlauf der Sitzung vom 28. Dezember dem tatsächlichen Geschehen entspricht. Die von der russischen Telegrammzentrale verbreitete Nachricht über den Verlauf dieser Sitzung wurde russischerseits als unrichtig bezeichnet.

Die Verhandlungen mit den Polen in Berlin.

(WTB) Berlin, 10. Jan. Der polnische Ministerpräsident Ruzarski empfing vor seiner Abreise den Leiter des polnischen Bureaus in Berlin und teilte ihm folgendes über die Verhandlungen in Berlin mit: Unsere Verhandlungen betrafen eine ganze Reihe von vitalen Angelegenheiten unseres jungen Königreiches. Wir hatten die Ehre, Seiner Majestät die dringendsten Wünsche unseres Vaterlandes vorzutragen und mit den zuständigen Leitern der Reichsbehörden die wichtigsten leitenden Fragen eingehend zu erörtern. Insbesondere wurden besprochen die Teilnahme der polnischen Regierung an den Friedensver-

handlungen in Brest-Litowsk, die Schaffung einer polnischen Armee auf breiter nationaler Basis. In dieser militärischen Angelegenheit wurde unsererseits ein Organisationsprojekt vorgelegt, das bereits vom polnischen Ministerrat angenommen und vom Regentensrat genehmigt wurde. Ferner wurde die Aufhebung einer ganzen Reihe von Ausnahmemaßregeln im Königreich Polen angeregt, die für die Bevölkerung besonders drückend sind. In Sachen der Requirierung von Eisen haben wir eine Denkschrift vorgelegt. Großes Gewicht legten wir auf die Erlangung einer Amnestie und auf die Zurückziehung einer ganzen Reihe einzelne Persönlichkeiten betreffender Maßnahmen. Mit dem Herrn Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern verhandelten wir über die bevorstehende Organisation des Staatsrats. Sehr wichtig wäre für uns die Ausführung unseres Planes über die Schaffung von polnischen Auslandsvertretungen in den Hauptstädten der Zentralmächte wie auch der befreundeten und neutralen Mächte. In allgemeinen Umrißen wurden die Verfassungen besprochen, die die Uebernahme derjenigen Verwaltungszweige, die sich bisher in den Händen der Okkupationsbehörden befanden, durch die polnische Regierung ermöglchen und beschleunigen sollen. Selbstverständlich haben wir auch Informationen eingeholt, über die hier herrschenden Auffassungen, die die Möglichkeit der Regulierung der zukünftigen Gestaltung unseres Vaterlandes betreffen.

Der Entwurf des polnischen Wehrgesetzes.

Berlin, 9. Jan. Der „Pol.-Anz.“ meldet aus Wien: Der Entwurf des polnischen Wehrgesetzes ist fertiggestellt. Es stützt sich hauptsächlich auf das russische Wehrgesetz, ist aber auch in einzelnen Teilen dem deutschen, österreichischen und französischen Gesetz nachgebildet. Für alle Rassenkategorien wird zweijährige Dienstpflicht festgesetzt, außerdem militärischer Hilfsdienst für den Kriegsfall, zu dem alle Staatsangehörigen zwischen 16 und 60 Jahren einberufen werden können. Außerdem werden für die Jugend zwischen 16 und 20 Jahren obligatorische Ausbildungskurse nach schweizerischem Muster errichtet. Die aktive Dienstzeit umfaßt zwei Jahre, die Reserve acht, die Landwehr zehn Jahre. Zum Landsturm für die 18- bis 20jährigen und die 40- bis 60jährigen verfährt. Nach der Rückkehr des Regentensrats aus Wien und Berlin soll ihnen der Entwurf vorgelegt werden.

Die ägyptische Nationalpartei für die Befreiung ihres Landes.

(WTB) Berlin, 10. Jan. Von dem Präsidenten des Ägyptischen Nationalkomitees wird uns folgende Kundgebung an den Vorsitzenden des Friedenskongresses in Brest-Litowsk übermittelt: Die in Berlin versammelten Mitglieder der Ägyptischen Nationalpartei haben die Ehre, die Aufmerksamkeit des Kongresses auf die Notwendigkeit der Befreiung Ägyptens im Sinne des von allen Mächten angestrebten Nationalitätenprinzips zu lenken. Die Sowjets in Petersburg haben sich festerlich für dieses Prinzip sowohl, wie für die Freiheit der Meere erklärt. Die Befreiung Ägyptens ist um so notwendiger, als die Neutralität des Suezkanals nicht wirksam werden kann, solange England Ägypten besetzt hält, wie der gegenwärtige Krieg zur Genüge bewiesen hat. Unsere Forderung beruht auf dem natürlichen Recht, das jeder Staat besitzt, sich selbst zu regieren und seiner Eigenart gemäß zu entwickeln; 2. auf dem Verzichtvertrag von Thera von Juni 1882; 3. auf dem Vertrag von London vom Juni 1884 usw. Solange unser Kanal unter der Kontrolle irgend einer Großmacht steht, kann die Freiheit der Meere, die eines der Grundprinzipien der Demokratie im allgemeinen und der russischen Sozialisten im besonderen

bildet, nicht in wirksamer Weise gewährleistet werden. Nur ein freies Ägypten, das mehr als andere Nationen die zur Anwendung des Nationalitätenprinzips notwendigen Vorbedingungen besitzt und dessen geographische Lage an einer großen internationalen Verkehrsstraße seine Befreiung dringend notwendig macht, ist überzeugt, daß dieser Kongreß, der sich versammelt hat, um den Krieg zu beendigen und eine Wiederholung des entsetzlichen Blutvergießens zu verhindern, seine natürlichen und unveräußerlichen Rechte anerkennen wird.

Im Auftrage des Komitees:
Mohamed Farid Bey, Präsident.

Feste Haltung der Vierbündner in Bresch-Litowsk. — Die Stellungnahme der obersten Heeresleitung. — Die Stimmung in der Entente.

Der Bericht über die Erklärungen der Vierbündner anlässlich der letzten Sitzung in Bresch-Litowsk löst klar hervortretend, daß unsere Unterhändler, wenn sie von der Heimat entsprechende Instruktionen haben, auch ihre Haltung danach einzurichten wissen. Sie haben einmal festgestellt, daß nun die festgesetzte Frist zur Teilnahme der Alliierten an den Friedensverhandlungen abgelaufen ist, und daß demnach auch die gemachten Versprechungen bezüglich eines allgemeinen Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen hinfällig geworden seien. Sodann protestierten sie gegen die Art der Verhandlungsführung seitens der Russen, lehnten eine Verletzung des Verhandlungsabkommens ab, erklärten sich aber zu weiteren Verhandlungen bereit, falls die Russen die aufrichtige Absicht zum Abschluß eines echten Friedens zeigen. Das ist das wesentliche Moment an den Erklärungen, daß die Vierbündner nicht geneigt sind, sich für eine Verschleppungspolitik von russischer Seite herzugeben, und sie haben als Begründung ihrer Haltung ebenfalls politische als militärische Gesichtspunkte ins Feld zu führen. Nach dieser energischen Stellungnahme der Vierbündner erklärte sich folgendes Tages die russische Abordnung bereit, die Friedensverhandlungen in Bresch-Litowsk fortzusetzen. Die Russen werden jetzt also, wenn sie die gesamten Verhandlungen nicht scheitern lassen wollen, sich wohl oder übel zu einem Sonderfrieden verstehen müssen, denn eine indirekte Teilnahme der Entente an den Verhandlungen, die die Alliierten nicht binden, sie aber in die Lage versetzen würde, eine Verständigung zu hintertreiben, können die Vierbündner nicht zulassen. Nachdem nun die Verhandlungen weitergehen, ist die Hoffnung vorhanden, daß wir mit Rußland bald zu einer Verständigung kommen, die unsere berechtigten Ansprüche gewährleistet. Wir haben infolgedessen eine günstige Verhandlungslage, weil wir uns mit den russischen Fremdbildern, den Finnen, Estländern und Litauern, den Polen und Ukrainern auf freundschaftliche Weise auseinandersetzen vermögen, und also nur noch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts dieser Völker zu erreichen wünschen, die ja eigentlich von den Russen schon zugestanden ist.

Ueber den Umfang unserer Kriegsziele im Osten hatte bekanntlich anlässlich des letzten Zwischenfalls in Bresch-Litowsk eine erreichte Erörterung eingeleitet, weil gewisse Kreise die Anschauung vertreten, daß unsere Vertreter sich den Russen gegenüber zu schwächlich erwiesen haben zum Nachteil unserer Interessen. Im Zusammenhang mit diesen Auseinandersetzungen wurde die Nachricht gebracht, daß General Ludendorff seinen Abschied eingereicht habe, weil durch die anaesthetische nachgiebige Haltung unserer Vertreter in Bresch-Litowsk unsere militärische Sicherung im Osten gefährdet sei. Von amtlicher Seite wurde diese Meldung sofort dementiert und es wäre uns auch, offen gestanden, vom Standpunkt der militärischen Gelehrten der Disziplin, die für den General so gut zu gelten haben wie für den einfachen Soldaten, unbereitsch erschienen, wenn ein Heerführer auf Grund einer politischen Meinungsverschiedenheit seinen Posten verlassen würde. Ludendorff soll aber eine Denkschrift an die Regierung gerichtet haben, in welcher er wahrscheinlich im Einverständnis mit der obersten Heeresleitung die Festlegung der Grenzen gegen Osten vom militärischen Standpunkt aus behandelt, und ebenso die Bedenken der obersten Heeresleitung gegen eine Übertragung des Grundsatzes ohne Annexionen und Entschädigungen auch auf den Westen zum Ausdruck gebracht hat. Ein Urteil über diese Fragen abzugeben, ist Recht und Pflicht der obersten Heeresleitung, und sie hat im großen Ganzen auch die Ueberblick darüber, ob die militärische Lage die Erzielung gewisser Bedingungen zuläßt. Andererseits wird man natürlich auch die Anschauung der politischen Leitung hören müssen, die auch noch andere Gesichtspunkte, die ebenfalls die zukünftigen Verhältnisse zu unseren Feinden betreffen, zu berücksichtigen hat. Es wird in der Presse an den Krieg von 1866 erinnert, wo Bismarck auch gegen Moskau und den König militärisch wie politisch eine vorläufige Haltung gegenüber Oesterreich-Ungarn durchführte. Die Gründe für seine Mäßigung traten augenscheinlich nicht direkt hervor, aber die Zukunft zeigte, daß er recht gehandelt hatte. Das Beispiel soll natürlich nicht auf den vorliegenden Fall angewendet werden. Es scheint uns, daß heute oberste Heeresleitung und Reichsleitung keinen Anlaß zu grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten haben;

beim die Sicherung gegen Osten dürfte auf einer beide Teile befriedigenden Grundlage möglich sein. Und daß wir gegen Westen eine reale Sicherung nötig haben, das haben uns ja wieder die letzten Kundgebungen eines Lloyd George und Wilson zur Genüge klar gemacht. Wenn der Krieg lediglich infolge des ungeminderten Vernichtungswillens unserer Feinde weitergeht, und wir zwingen sie nieder, oder erreichen, daß sie nach Erkenntnis unserer militärischen Unbesiegbarkeit zum Frieden sich bereit erklären, dann werden wir eine „Verständigung“ zu erzielen haben, die uns vor dem künftigen Ueberfall dieser Räuberbande besser sichert als bisher. So wenig übrigens der Wille zur Verständigung unter den Machthabern der Entente vorhanden zu sein scheint, so nervös stehen sie doch der nächsten Zukunft gegenüber. Man hat den Eindruck, als haben die Ententestaatsmänner zum Schluß die Fabel vom Esel in der Löwenhaut nachahmen wollen, um eine nicht vorhandene Stärke vorzutäuschen; denn der Unterton des Widerhalls in der feindlichen Presse ist doch die Angst vor der deutschen Offensive im Westen, und das Geständnis, daß für die Alliierten die schwerste Zeit erst noch bevorsteht. Deshalb ist es auch begreiflich, daß die Friedensfreunde in den Ententeländern ihre Stimme mehr denn je erheben, und zwar heute unter der Parole, daß die Friedensbedingungen von Lloyd George und Wilson eigentlich eine Grundlage zur Verständigung bilden. Wir aber glauben, daß im jetzigen Zeitpunkt die Rhyde der Ententevölker noch nicht objektiv genug über ihre eigenen Grundsätze zu urteilen vermag, deshalb müssen wir eben bis zu einer weiteren Läuterung warten.

O. S.

Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Die deutsche amtliche Meldung.

(WTB.) Großes Hauptquartier, 10. Jan. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz: Südöstlich von Ypern am Nachmittag lebhafter Artilleriekampf. Westlich von Landvoorde scheiterte ein starker nächstlicher Erkundungsvorstoß der Engländer. An der übrigen Front blieb die Gefechtsstätigkeit gering.

Im Dezember beträgt der Verlust der feindlichen Luftstreitkräfte an den deutschen Fronten 9 Jettelballons und 110 Flugzeuge, von denen 47 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgeführt sind. Wir haben im Kampfe 82 Flugzeuge und 2 Jettelballons verloren.

Ostlicher Kriegsschauplatz: Nichts Neues. Magdonische und italienische Front: Die Lage ist unverändert.

Der erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Um die amerikanische Hilfe.

(WTB.) Paris, 10. Jan. In Paris und London frappt die Stelle des Berichts, den General Crowder an den Kongreß der Vereinigten Staaten richtete, in dem er erklärt, Amerika werde in jedem Jahre 700 000 Mann nach Europa senden können. Das sei zu wenig zum Leben und zu viel zum Sterben. Die Nachricht des nordamerikanischen Marineabts, daß ein amerikanisches Patrouillenschiff von einem U-Boot versenkt wurde, findet in der Presse starken Widerhall; man befürchtet, daß die deutschen U-Boote auf den Moment lauern, wo sich die amerikanischen Kriegsschiffe auf die See hinauswagen.

Neue Unterseebooterfolge.

(WTB.) Berlin, 10. Jan. (Amtlich.) Neue U-Booterfolge im Mittelmeer: 12 Dampfer mit 36 000 Br. N. Tonnen. Die Schiffe hatten meist wertvolle Ladungen für Italien und die englische Kriegswirtschaft im Orient, besonders geschickt und hartnäckig durchgeführten Angriffen gelang es, zwei Geleitzüge aufzubrechen und dabei sechs Dampfer zu vernichten. Unter diesen konnten festgestellt werden die beladenen, bewaffneten englischen Dampfer „Hien“ (4170 Br. N. T.), „Turnbridge“ (2874 Br. N. T.), „Cliffdale“ (3811 Br. N. T.) und „Reverley“ (3853 Br. N. T.), letztere beiden mit je 5000 Tonnen Kohlen nach Malta bzw. Port Said unterwegs. Von dem englischen Dampfer „Cliffdale“, der mit zwei 15-cm-Mörsern und einer 7,6-cm-Schnellabkanone bewaffnet war, wurde der Kapitän gefangen genommen. Ferner wurde der bewaffnete italienische Dampfer „Vetra“ (3860 Br. N. T.) in überraschendem Angriff durch Geschützfeuer niedergeschossen, während der durch Bewacher gesicherte, bewaffnete englische Dampfer „Perien“ (3874 Br. N. T.), der beladen auf dem Wege von Otranto war, einem Torpedo zum Opfer fiel. — An vorstehenden Erfolgen war in hervorragender Weise Kapitänleutnant v. Arnould de la Periere beteiligt. Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Diese hervorragenden Leistungen bilden ein neues Ruhmesblatt in der Reihe der Erfolge des Kapitänleutnants Arnould de la Periere. Der Verlust trifft besonders Italien und die englischen Eroberungspläne in Syrien und Mesopotamien. Seine Bedeutung erhellt, indem man sich vorstellt, daß allein die beiden erwähnten Kohlendampfer soviel Brennstoff wie tausend Eisenbahn-

wagen von je 10 Tonnen zu fassen vermögen. Bezeichnend für den Mangel an Geschützen, der durch die feindliche U-Bootsabwehr veranlaßt wird, ist die Meldung über die eroberten 15-cm-Kanonen. Derartige Geschütze pflegt man nur für Stillschütze im Landkrieg zu verwenden. Auf See haben sie wegen der Schwierigkeit des Treffens bei ungenauer Entfernungsmessung im Zusammenhang mit der langen Flugzeit des Geschosses nur sehr bedingten Wert. Auch in dieser Beziehung muß also die Not bei unseren Feinden einen ziemlich hohen Grad erreicht haben.

Ein englisches „Hospital“-Schiff gesunken.

(WTB.) London, 9. Jan. Das Reutersche Bureau meldet amtlich: Das englische Hospitalsschiff „Rema“ ist torpediert worden. Es sank am 4. Januar gegen Mitternacht im Bristolkanal auf dem Heimweg von Gibraltar. Alle Verwundeten wurden auf Patrouillenschiffen gerettet. Die Verluste betragen drei Mann der Besatzung. Drei Eskorten werden vermisst. Das Schiff fuhr mit allen Lichtern und den durch die Haager Konvention vorgeschriebenen Abzeichen. Es befand sich nicht in dem sogenannten Sperrgebiet, wie es in der Erklärung der deutschen Regierung vom 29. Januar 1917 festgelegt worden ist. — (Da die U-Boote die hierfür in Frage kommen könnten, zurzeit noch in See sind, können sich die zuständigen Stellen, wie wir dazu erfahren, noch nicht abschließend äußern. Es wird aber von unterrichteter Seite für ausgeschlossen gehalten, daß das Schiff durch ein U-Boot torpediert worden ist. Dennoch kann nur eine Verfestigung durch Minen in Frage kommen.)

(WTB.) Genf, 9. Jan. Nach Nachrichten aus Madrid sind bisher vier spanische Marineoffiziere nach Spanien zurückgekehrt, weil auf den ihrer Aufsicht unterstellten Hospitalsschiffen der Entente Truppen eingeschifft waren, die angeblich an Fieber litten, tatsächlich aber ganz gesund waren.

Als dem feindlichen Lager.

Einladung zu einem neuen Ententetage.

(WTB.) London, 10. Jan. (Reuters.) Der parlamentarische Ausschuß des Trade-Union-Kongresses und der Beziehungsausschuh der nationalen Arbeiterpartei beschlossen auf einer Sitzung in London, den Arbeitern und den sozialistischen Parteien der Alliierten — Amerika eingeschlossen — zu empfehlen, eine weitere Zusammenkunft zur Beratung der Kriegsziele der Alliierten abzuhalten. Es wurde vorgeschlagen, die Zusammenkunft am 20. Februar in London abzuhalten.

Rückkehr der englischen U-Bootsbesatzungen aus Rußland.

(WTB.) Stockholm, 9. Jan. „Evenska Dagbladet“ erzählt aus Helsingfors, daß von dort vorgestern 250 englische Matrosen und Offiziere von der Besatzung der in der Ostsee liegenden englischen U-Boote abgereist seien. Sie sollen über Petersburg und Archangelsk heimgefahren.

Die Frage einer „Amerikanischen Bundesrepublik“.

(WTB.) Petersburg, 9. Jan. (Petersb. Tel. Ag.) Gestern fand ein Depeschenwechsel zwischen Vertretern des Hauptauschusses der Sozialrevolutionäre der Linken und dem Hauptauschuh der Sozialrevolutionäre von Kiew statt. Ein Mitglied des Ausschusses der Sozialrevolutionäre der Linken machte den Vorschlag, Vertreter der ukrainischen Sowjets und Abg. der Bauern zum allrussischen Bauernkongreß zu entsenden, wo die Frage der Errichtung einer amerikanischen Bundesrepublik gerührt werden wird. Der 3. Bauernkongreß Rußlands wird am 12. Januar eröffnet. Auf diesem und auf dem am 8. Januar zusammentretenden Kongreß der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten wird über die Befestigung der Gewalt der Räte der Soldaten, Arbeiter und Bauern, sowie über die Lösung aller durch die Revolution aufgeworfenen grundlegenden Fragen verhandelt werden.

Die amerikanische Münchhausenade.

Die amerikanische Zeitschrift „Nation. Review“ schreibt: „Man hat bisher auf beiden Hälften der Welt zu sehr vor dem „amerikanischen Münchhausen“ gebüchelt! Die Vereinigten Staaten können vor Herbst 1918 als wesentlicher Faktor laum in Betracht kommen. Nachdem der Zusammenbruch Rußlands gerade im entscheidenden Augenblick alle guten Aussichten für 1917 über den Haufen geworfen hat, ist heute aller menschlichen Voraussicht nach die Hoffnung auf einen glücklichen Ausgang im Jahre 1918 gering. Ebenso unwahrscheinlich ist ein Kriegsende vor 1919. Das nächste Jahr muß eine Zeit beträchtlicher Verforgnis für die Westmächte werden!“

Dies ist also das Ergebnis der mit unendlich viel Worten und Druckerchwärze verkündeten Hilfe Amerikas! Jetzt, wo die Probe aufs Exempel gilt, entpuppt sich die jämmerliche Ohnmacht der nur auf dem Papier existierenden amerikanischen Millionenarmee. Die Unterseeboote werden es auch weiter verhindern, daß die Regierung der Vereinigten Staaten die der Entente gegebenen Zusagen erfüllen kann.

Amtliche Bekanntmachungen.

Die Orts(polizei)behörden

wollen bis 15. Januar 1918 hierher vorlegen:

1. Die auf 31. Dezember v. J. abzuschließenden Sportelverzeichnisse oder Fehlanzeige. Die Verzeichnisse oder Fehlanzeigen sind mit einer Beurkundung darüber zu versehen, daß keine weiteren Sporteln angefallen und Fälle eines Nachlasses oder einer Wiederaufhebung von Sporteln nicht vorgekommen sind.

2. Die Nachweisungen über Bauarbeiten und über nicht gewerbmäßiges Halten von Reittieren und Fahrzeugen (Min. A. Bl. 1913, S. 17 und 25) für das abgelaufene Viehtjahr, zutreffendenfalls Fehlanzeige.

3. Steuerlieferungsbefehle der Gemeindepflegen.

4. Die Verzeichnisse der Fabriken, welche über 16 Jahre alte Arbeiterinnen beschäftigen

↳ Dabei ist auch zu berichten, wie viele Anträge auf Bewilligung von Ueberzeitarbeit zurückgewiesen worden sind.

5. Das Verzeichnis der auf Grund des § 105 c Abs. 4 der Gewerbeordnung gestatteten Ausnahmen (vgl. Anlage 2 zu Erlaß des R. Ministeriums des Innern vom 7. März 1895, Min. Bl. S. 79).

6. Die Verzeichnisse der im Jahr 1917 ausgestellten Quittungskarten B für Selbstversicherung (mit grauer Farbe, vgl. § 1243 R. V. O., § 40 Min. Verf. vom 26. Oktober 1912, R. Bl. S. 788).

Calw, den 9. Januar 1918.

R. Oberamt Rinder.

Bezug von Saatgut für das Frühjahr 1918.

Die bei der Saatstelle einkaufenden Bestellungen auf Saatgut von Getreide und Hülsenfrüchten für das Frühjahr 1918 geben insofern meist Anlaß zu Beanstandungen, als mit den Bezugslisten nicht auch gleichzeitig die Listen der Einzelbesteller und die Sammelkartarten eingeschickt werden. Wir bitten daher unter Hinweis auf unser Rundschreiben vom 8. Dezember 1917, betreffend Bezug von Saatgut für das Frühjahr 1918, folgendes zu beachten:

1. Der Vollzug der Lieferungen ist von der Einreichung der vom Kommunalverband bzw. Schultheißenamt geprüften und beglaubigten Listen der Einzelbesteller und der für die Gesamtmenge der einzelnen Fruchtarten vom Kommunalverband bzw. Schultheißenamt ausgestellten Sammelkartarten abhängig; diese Belege sind den Bestellungen bzw. Bezugslisten daher stets beizulegen.

2. Vordrucke für die Listen der Einzelbesteller sind mit dem Rundschreiben vom 8. Dezember 1917 sämtlichen landw. Vereinen und Genossenschaften zugegangen, während Gemeinden diese Vordrucke durch die Saatstelle auf Antrag zugesandt erhalten.

3. In den Listen der Einzelbesteller ist stets bei dem Bedarfe die Anbaufläche in Ar in die in Betracht kommende Spalte einzutragen. Für die Bemessung der Saatenmengen ist die Bundesratsverordnung vom 20. Juli 1917 (RGBl. S. 507), welche im Württ. Wochenblatt für Landwirtschaft in Nr. 31 von 1917 auf Seite 472

abgedruckt ist, maßgebend. Wenn die örtlichen Verhältnisse eine Erhöhung der vorgeschriebenen Saatenmengen angezeigt erscheinen lassen, so ist dies in einem besonderen Antrage zu begründen.

4. Die Bestellungen sind von den landw. Vereinen, landw. Genossenschaften, Gemeinden usw. ohne jeden Verzug, spätestens aber, in Verlängerung des in dem Rundschreiben vom 8. Dezember 1917 gestellten Termines, bis zum 25. Januar 1918 bei der Saatstelle unter Beachtung der in Ziffer 1 und 3 dieser Bekanntmachung wiederholt näher bezeichneten Bestimmungen einzureichen, damit die Saatstelle in der Lage ist, den Bedarf zu übersehen und das Saatgut den Verbrauchergruppen rechtzeitig zuzuführen.

Stuttgart, den 28. Dezember 1917.

Württ. Saatstelle für Getreide und Hülsenfrüchte:
Schmidt.

Schneebahnen.

Auf den Erlaß des R. Ministeriums des Innern an die Gemeindebehörden, betr. Schneebahnen (Staatsanz. 202), vom 27. Dezember 1917, wonach die Gemeindebehörden veranlaßt werden, bei jedem stärkeren Schneefall für die Freihaltung der öffentlichen Fahrstraßen, namentlich zu den Bahnhöfen, Sorge zu nehmen, wird besonders hingewiesen.

Calw, 10. Januar 1918.

R. Oberamt.

Bermischte Nachrichten.

Die Mark steigt weiter im Kurs.

Das „Berliner Tagblatt“ berichtet: Das Steigen der Wechselkurse in der Schweiz, das seit einigen Wochen eingeleitet hat, dauert unvermindert fort. Die Börse hat in diesem Krieg viel Überraschungen erlebt, aber eine solche Aufwärtsbewegung wie die der Devisen der Mittelmächte ist selbst dem ältesten Börsenbesucher etwas ganz Neues. Die deutsche Mark steht heute auf nahezu 90 gegenüber 50 Franken vor einem Monat, die österreichische Krone auf 58 gegenüber 28 Franken vor einem Monat. In Bern waren in den letzten Tagen in den Banken und Wechselstuben weder Mark noch Krone zu haben und es begann ein förmlicher Sturm auf beide.

Die Minen an der niederländischen Küste.

(W. B.) Haag, 10. Jan. (Korrespondenzbüro.) Im Monat Dezember sind an der niederländischen Küste 287 Minen angegriffen worden, wovon 277 englischen, eine französischen, 5 deutschen und 4 unbekanntem Ursprungs waren.

Zur Erinnerung an das Dardanellenabenteuer der Entente.

(W. B.) Berlin, 10. Jan. Am 8. Januar führte sich zum zweiten Male der Tag, an dem die Entente endgültig beschloß, das Dardanellen-Abenteuer auszugeben, ein Unternehmen, dessen ungünstiger Ausgang von der englischen Presse als nationales Unglück beklagt wurde. 200 000 Mann hatten Engländer und Franzosen auf den feindlichen Felsen der Halbinsel Gallipoli liegen lassen müssen, 12 feindliche Dampfschiffe und Kreuzer, 17 Panzerkreuzer und etwa 20 Untersees- und Torpedoboote waren in den Meerengen von den türkischen Strandbatterien und den deutschen Unterseebooten zerstört oder schwer beschädigt worden, während die Kosten der ergebnislosen Expedition sich auf rund 5 Milliarden Mark beliefen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 11. Januar 1918.

Das Eiserne Kreuz.

Musketter Jakob Hare von Neuweiler, früher Knecht in Liebelsberg, hat das Eiserne Kreuz erhalten.

Kriegsverluste des Oberamts Calw.

Aus der württembergischen Verlustliste Nr. 627.

Federmann, Martin, Bisdorf, Off.-Stellw., 27. 7., Michelberg, in Gelsch. — Heldmaler, Karl, 1. 8., Mühlhagen, bish. verm. (B. L. 584) in Gelsch. — Höpfer, Karl, 12. 7., Deckenpfronn, l. verm. — Riensle, Adolf, 9. 10., Althengstett, in Gelsch. — Roempp, Adolf, 25. 7., Stammheim, bish. l. verm. (B. L. 600) gest. — Proß, Johannes, Horn, 1. 8., Oberhaugstett, in Gelsch. — Schauble, Eugen, 2. 9., Sulz N. Nagold, in Gelsch. — Schöfner, Otto, 16. 2., Althengstett, in Gelsch. — Steimle, Jakob, 28. 2., Liebelsberg, in Gelsch. — Steimle, Gottlieb, 22. 2., Altbürg, in Gelsch. — Unger, Rudolf, Geis., 30. 8., Gehlingen, in Gelsch. — Wurm, Johannes, 2. 9., Stammheim, verm., in Gelsch.

Vom Rathaus.

* Zu Beginn der ersten Sitzung des Gemeinderats im neuen Jahr wünschte der Vorsitzende, Stadtschultheißenamtsverweser G. Dreiß, den Mitgliedern des Kollegiums alles Gute für das laufende Jahr und gab der Hoffnung Ausdruck, es möchte uns den ersehnten Frieden bringen. — Von der Kriegswohlfahrtspflege sind für den Monat November der städtischen Kriegshilfe 1237 M zurückgestellt worden. — Die Liste der

Minderbemittelten, die nach dem Beschluß der Kollegien vom 13. vorigen Monats eine ködtliche Teuerungszulage erhalten sollen, ist nun fertiggestellt. Die Auszahlung der Zulage soll vom 1. Januar ab erfolgen. Nach einem abgeänderten Beschluß des Gemeinderats soll die zugebilligte Zulage von 50 Pfennig pro Kopf und Monat für Familien ohne Kinder zuerteilt werden, die ein Einkommen bis zu 1200 M haben; wenn sie 1 oder 2 Kinder haben, dann darf das Einkommen bis zu 1700 M betragen, bei 3 bis 4 Kindern bis zu 1400 M, bei 5 und mehr Kindern bis zu 1500 M. Für diese Handhabung der Teuerungszulage soll noch die Zustimmung des Bürgerausschusses eingeholt werden. — Zu unserem letzten Rathausbericht über die Butterverteilung der Stadt, in dem wir die Klagen aus der Mitte des Kollegiums wiedergegeben hatten, daß in letzter Zeit die Belieferung so schlecht gewesen sei, stellte der Vorsitzende fest, daß zwar ein Antrag gestellt worden sei, beim Oberamt in der Angelegenheit vorstellig zu werden, daß ein Beschluß aber unterblieben sei, weil er auf den Umstand aufmerksam gemacht hat, daß das Oberamt in der Sache nicht mehr tun könne, da nach dem von der Landesversorgungsstelle aufgestellten Fettverteilungsplan die Stadt Calw wesentlich mehr Milch erhalte, als ihr nach den von reichswegen festgestellten Sätzen zustehe. An diese Tatsache halte sich die Landesversorgungsstelle, wenn wegen ungenügender Butterbelieferung reklamiert werde. Man habe also die Wahl zwischen Milderregelung oder ungenügender Butterbelieferung. Im übrigen wies der Vorsitzende auf die beiden letzten im „Calwer Tagblatt“ erschienenen Artikel über diese Frage. Die Berechnung des Herrn Dingler wurde allerdings dahin berichtet, daß nicht 2100 Liter Milch, sondern nur 1800 bis 1900 Liter nach Calw geliefert werden. Aus der Mitte des Kollegiums wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß durch die im Gange befindliche Erfassung des Lieferungsolls der Gemeinden des Bezirks dieser der Milchlieferungspflicht besser nachkommen, und dann auch die Stadt mehr Butter erhalten könne. — Auf eine Anfrage von G. N. Staudenmeyer über das Ergebnis der Regelung des Gasverbrauchs teilte der Vorsitzende mit, daß teilweise eine Gaseinsparung zu beobachten sei, in manchen Haushaltungen aber der Verbrauch immer noch zu groß. Durch die Gasverre an den Nachmittagen wurden täglich etwa 60 Kubikmeter eingespart. Es wurde angeregt, eine Kommission zu bestellen, die die einzelnen Ergebnisse prüfen soll, um den Verhältnissen Rechnung tragend zu bestimmen, wo noch größere Einsparungen möglich und daher Strafen am Platze sind.

Ein Aufruf an die Landwirtschaft.

An die Landwirte und Landwirtsfrauen Württembergs richtet das Landwirtschaftliche Wochenblatt einen Aufruf, in dem es u. a. heißt: Die deutsche Landwirtschaft hat es bisher vollbracht, die Nahrungsmittel für das Millionenvolk aufzubringen, und darf darin nicht erlahmen, wenn nicht alles, was so schwer errungen wurde, verloren gehen, Deutschland der feindlichen Nachgier ausgeliefert sein soll. Wir vertrauen zu den württembergischen Landwirten und Landwirtsfrauen, daß sie auch weiterhin das Beste tun werden in der Weiterführung ihrer Betriebe und der Vermehrung der Bodenerzeugnisse. Aber nicht allein darum handelt es sich, daß Nahrungsmittel in genügender Menge erzeugt werden, nicht weniger wichtig ist es, daß sie dem allgemeinen Verbrauch zugeführt werden. Landwirte und Landwirtsfrauen! Ihr habt Euch bis aufs Äußerste angestrengt, den Acker zu bestellen und seine Früchte zu ernten. Setzt auch Eure Ehre darein, alle Erzeugnisse, die Ihr über den eigenen notwendigen Bedarf habt, an den Kommunalverband, die Sammelstelle, den amtlichen Verkäufer

abzuliefern! Feindschaft dem Schleichhandel und aller heimlichen Abgabe von Lebensmitteln! Offene Stellungnahme gegenüber allem solchen verächtlichen Treiben und Nachgeben! Haltet Euch vor Augen, daß die Lebensmittel, die Ihr an Schleichhändler verkauft oder unter der Hand abgibt, nur den Verbrauchern zugute kommen, die ohne Rücksicht auf ihre Nebenmenschen mehr verbrauchen, als ihnen bei der Knappheit der Lebensmittel zukommt. Die Minderbemittelten, die ganz Armen, die Invaliden, die die Bücherpreise nicht zahlen können oder wollen, werden dadurch verhungert. Sollen Tausende von Kindern, Kranken und Greisen in den Städten durch Mangel an geeigneter Nahrung gefährdet werden, weil Getreide, Milch, Eier und anderes um verbotener Gewinne willen oder aus Nachsichtigkeit statt an die Sammelstelle in die Hand von Schleichhändlern gelangen? Wollt Ihr es auf Euch nehmen, daß unsere Soldaten und die in Kriegsbetrieben Arbeitenden schlechtere nicht mehr genügend versorgt werden können, so daß die Schlachtfelder des Meeres darunter leiden müßten? Die Landwirtschaft, die so vieles mit großen Opfern geleistet hat, darf nicht den Mangel der Gewinnlust auf sich laden. Auf den einzelnen Mann es an und sein Verhalten in jedem Augenblick. Jeder Zentner Prof Frucht oder Hofer, jedes Pfund Fett, jedes Liter Milch, das Ihr richtig abliefern, trägt dazu bei, unser Durchhalten zu ermöglichen.

(W. B.) Tübingen bei Nagold, 10. Jan. Die früher Maier'sche Möbelfabrik im Nömbachthal, die in letzter Zeit nicht im Betrieb war, ist in den Besitz des Kaufmanns A. Venzler aus Stuttgart um den Kaufpreis von 44 000 M übergegangen. Der Betrieb soll demnächst übernommen werden.

(W. B.) Stuttgart, 10. Jan. Nach einer Bekanntmachung des Schultheißenamts ist die Heizung der Theater, Lichtspielhäuser, Säle für Konzerte, Vorträge und gesellschaftliche Veranstaltungen von heute ab bis auf weiteres verboten.

Stuttgart, 11. Jan. Der König hat verfügt, daß mit Rücksicht auf die derzeitigen vorübergehenden Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung die Hoftheater vom heutigen Tage an bis auf weiteres, voraussichtlich aber nicht auf längere Zeit, geschlossen werden. Die Hoftheater-Wirtschaft bleibt auf die Dauer der Schließung der Hoftheater ebenfalls geschlossen.

Evangelische Gottesdienste.

1. Sonntag nach dem Erscheinungsfest (13. Januar): Vom Luth. 172. — Predigtst. 176. Jesu frommer Menschenherden. — 9 1/2 Uhr und 10 1/2 Uhr: Predigt im Vereinshaus, Delan Zeller. — 1 Uhr: Christenlehre mit den Töchtern der älteren Abteilung im Vereinshaus. — 5 Uhr: Abendpredigt im Vereinshaus, Stadtpfarrer Schmid.

Donnerstag den 17. Januar: 1/8 Uhr abends: Kriegsbefunde im Vereinshaus, Delan Zeller.

Katholische Gottesdienste.

1. Sonntag nach Erscheinung (13. Januar): 8 Uhr: Frühmesse. — 9 1/2 Uhr: Amt mit Kurzpredigt. — 1 1/2 Uhr: Christenlehre. — 2 Uhr: Krippenandacht. Werktags: Pfarrmesse täglich um 8 Uhr. — Freitag, abends 6 1/2 Uhr: Kriegsbefunde.

Gottesdienste in der Methodistenkapelle.

Sonntag vormittags 9 1/2 Uhr und abends 8 Uhr: Predigt, Prediger F. I. L. Vormittags 11 Uhr: Sonntagschule. Mittwoch abends 8 1/2 Uhr: Kriegsbefunde.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Selmann, Calw. Druck u. Verlag der A. Dellgläger'schen Buchdruckerei, Calw.

**Stellv. Generalkommando XIII. (R. W.) Armeekorps.
Bekanntmachung
betr. Beschäftigung mit Heeres-Näharbeiten.**

Diese Bekanntmachung wird auf Ersuchen des Kriegsministeriums erlassen.

Nachdem nunmehr sämtliche für Heeresnäharbeiten in Betracht kommende Stellen im Besitze der von ihnen beantragten Ausweisarten sind, bestimme ich in Ergänzung des § 15 der Bekanntmachung vom 1. Juni 1917 Nr. 13 376 K. 17 WK. 8 betreffend „Beschäftigung mit Heeresnäharbeiten“, daß vom 1. Januar 1918 ab jede Beschäftigung mit Heeresnäharbeiten ohne Ausweisart verboten ist.

Stuttgart, den 8. Januar 1918.

Der stellv. Kommandierende General:
v. Schaefer.

Stadtschultheißenamt Calw.

Die Wandergewerbetreibenden wollen ihre

Wandergewerbebescheinigung für 1918

unter Vorlage der neuen Steuerbescheinigung, der alten Wandergewerbebescheinigung und einer Photographie bis spätestens Samstag, den 12. ds., beantragen.

Kriegs-Spar-Lampen

sind spätestens bis 12. ds. Mts. beim Stadtschultheißenamt zu bestellen (vgl. oberamtl. Erlaß vom 5. ds. Mts., Calwer Tagblatt Nr. 6).

Für die Wanderarbeitsstätte Calw wird in den nächsten Tagen die jährliche

Sammlung

stattfinden. Unter Hinweis auf die oberamtl. Bekanntmachung vom 7. ds. Mts., Calwer Tagblatt Nr. 7, wird die Einwohner-schaft dringend gebeten, diese gemeinnützige Einrichtung durch Beiträge tatkräftig zu unterstützen.

Die Getreideelbstverarbeiter wollen ihre neuen

Mahl- und Schrotkarten

unter Vorlage der letzten Karten und, soweit die Getreideaufnahme bis dorthin bereits vorgenommen ist, auch der von der Kommission ausgestellten Aufnahmeprotokolle, am

Dienstag, den 15. ds. Mts., vormittags 8 bis 12 Uhr beim Stadtschultheißenamt beantragen.

Die auf Lebensmittelkarte Nr. 9 A bestellten

Teigwaren

und der auf Nr. 10 A bestellte

Gries

kann gegen Abgabe der B-Marken gekauft werden. Auf eine Marke entfallen 125 Gramm Teigwaren bzw. 130 Gramm Gries. Auch der

Smarr-Zucker

ist nun überall erhältlich. Urlaubszucker für Calwer Karten bei Dreih.

Nach § 6 Abs. unserer Vorschriften über städtische Lebensmittelbücher

erhalten hiesige Kranke,

welchen auf Grund ärztlichen Zeugnisses von der Landesversorgungsstelle oder dem R. Oberamt mehlfaltige Nahrungsmittel, Gries u. ähnl. verwilligt sind,

auf Antr. g. einzelne Lebensmittelmarken.

Diese Marken sind beim Stadtschultheißenamt abzuholen, sobald die betr. Ware zur Bestellung ausgeschrieben ist und dann wie die übrigen Lebensmittelmarken zu behandeln.

Um Mißverständnissen vorzubeugen wird aber darauf aufmerksam gemacht, daß nur solche hiesige Kranke derartige Marken erhalten, denen eine bestimmte Menge mehlfaltiger Nahrungsmittel usw. ausdrücklich von der Landesversorgungsstelle oder dem R. Oberamt verwilligt sind, und daß die Verwilligung der besondern Kranken-Lebensmittelkarten nicht hierunter fällt.

Calw, den 9. Januar 1918.

Stadtschultheißenamt U. V.: Dreih.

**Goldschmiede-Lehrlinge,
Fasser-Lehrlinge,**

sowie

Poliseusen-Lehrmädchen,

werden sofort oder später bei guter Ausbildung angenommen

Heinrich Seifing, Pforzheim, Ebersteinstraße 6.

Der Jahrestag

bei Bäckermeister Wurster findet nächsten Sonntag nachmittags von 4 1/2 Uhr ab statt.

Vom Löwen bis zum Windhof

**35-jähriger Davoser
verloren gegangen.**

Der Finder wird gebeten, denselben gegen gute Belohnung abzugeben. Bei wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gewandtes

Mädchen

findet dauernde Beschäftigung in der Druckerei ds. Bl.

Gesundes sauberes

Mädchen

im Alter von 14-16 Jahren sofort gesucht.

Frau G. Heermann,
bei Frau Staelin, Hirsau

Ordentliches

Mädchen

für Küche und Haushalt, das auf hohen Lohn Anspruch machen kann, wird gesucht.

Frau Bernerd Kösch,
Pforzheim, Nagoldstr. 15.

Vorzügliches

Leder-Fett

empfiehlt billigst

R. Hauber.

1 Hopewell-Ofen,

1 Waschtessel

mit schmiedeeisernem Gestell,

1 klein. Waschtessel

und einige verzinkte

Wasserschiffe

verkauft

Gg. Wackenhuth, Tel. 142,
Maschinenwerkstätte.

Wir empfehlen
prima

Kaffee-Ersatz

solange Vorrat

Pfannkuch & Co.
Calw Tel. 45.

**Württ. Landes-Verein vom Roten Kreuz,
Bezirksvertretung Calw.**

Nachdem die Sammlung alter Filzhüte zu einem sehr erfreulichen Extragnis für die allgemeinen Zwecke des Landesvereins geführt hat, sollen jetzt

alte Strohhüte jeder Art

sowohl Herren- als Damenhüte gesammelt werden.

Die Herren Ortsvorsteher, Ortsgeistlichen und Lehrer werden gebeten, diese neue Sammlung so rasch als möglich in die Wege leiten zu wollen. Die erfassten alten Strohhüte bitte ich an die Liebesgabenabteilung im Georgenäum in Calw abführen zu lassen. Für möglichst baldige Einlieferung wäre ich dankbar.

Daß die Strohhutfammlung in allen Gemeinden aufs tatkräftigste durchgeführt wird, darf ich mich wohl versichert halten.

Calw, den 9. Januar 1918.

Der Bezirksvertreter vom Roten Kreuz:
Regierungsrat Binder.

Calw.

Die ausgegebenen Anweisungen auf den

Bezug von Roks

ab unserem Werk sind alsbald einzulösen; sie verlieren mit dem 15. Januar ihre Gültigkeit.

Den 10. Januar 1918.

Städt. Gaswerk: Frey.

**L. Mayrhofer, Dentist,
hat seine Praxis
wieder aufgenommen.**

Oberreichenbach.

Eine schwere gute

Nutz- und Schaff-



Ruh

samt Kalb,

oder eine schöne 30 Wochen trächt.

Kalbin

hat zu verkaufen

Georg Volz.

Ostelsheim.

Einen 2 1/2 Jahre alten starken

Schaff-



Stier

gut im Zug, hat zu verkaufen

Gehring, zum „Adler“.

Weltenchwann.

Ein 1 1/2 jähriges



Rind

verkauft

Michael Dürr.

Mzenberg.

Eine mit dem 3. Kalb 27 Wochen trächtige

Schaff-



Ruh

sowie ein

Läufer Schwein

steht dem Verkauf aus

Johannes N. Haeder.

Kleefamen

aller Art kaufen

Kohler & Flaum,
Weil der Stadt.

Kaufe ständig

Fleisch

von gefall. Vieh,

jeder Art,

zu Fischfütterzwecken

H. Groppe, Pforzheim-Nagold
Telefon 60.

Photographisches Atelier C. Fuchs, Calw

empfiehlt sich für

Vergrößerungen

in bester Ausführung zu bekannt mässigen Preisen. — Telefon 87.
Sämtliche Artikel und Arbeiten für Liebhaberphotographen.